



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 26.10.2017, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen, Neue
Straße 62
Vergabe Schreinerarbeiten - Innentüren**

Vorl.Nr. 399/17

Beschluss:

Der Vergabe der Schreinerarbeiten (Innentüren) für den Neubau des Kinder- und Familienzentrums Neckarweihingen, Neue Straße 62, wird zugestimmt.

Die Vergabe liegt innerhalb der Zuständigkeit des Ausschuss Bauen Technik Umwelt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + ca. 15 %)
1	Schreinerarbeiten (Innentüren)	Schreinerwerkstatt Friedmar Pfefferle Untermatten 10 A 79282 Ballrechten-Dottingen	190.000,00 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke
Stadtrat T. Lutz
Stadtrat Rothacker
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **IIk** verweist auf die Vorl.Nr. 399/17 und stellt diese sofort zur Abstimmung, da kein Diskussionsbedarf besteht.

Abstimmungsergebnis:

Das Gremium stimmt nicht ab.

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird keine Beschlussempfehlung für den Gemeinderat gefasst. Die Vorl.Nr. 330/17 wird lediglich eingebracht und die Ausschussmitglieder in Kenntnis über die Thematik gesetzt. Die ursprünglich für die Sitzung des Gemeinderats am 08.11.2017 vorgesehene Beratung wird nicht stattfinden. Stattdessen wird in der nächsten Sitzung des Stadtteilausschusses Oßweil sowie in der Stadtteilkonferenz über die Mehrzweckhalle im Schul-, Kultur- und Sportareal Oßweil diskutiert werden. Die Erkenntnisse aus diesen Diskussionen sollen anschließend in die politischen Gremien einfließen und bei der weiteren Beratung berücksichtigt werden.

Auf Anfrage von Stadtrat **Noz** erklärt Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft), dass die Mehrzweckhalle in Oßweil sich in einem Zustand befände, der es nicht erlaube, das Raumprogramm durch An- und Umbaumaßnahmen an dem bestehenden Gebäude abzubilden. Für kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen in der Größenordnung von 300 bis 600 Besuchern sollte im Stadtteil zusätzlich zu dem Veranstaltungsraum/Mensa in der August-Lämmle-Schule eine weitere räumliche Möglichkeit vorhanden sein. Daher sei in der Mehrzweckhalle eine feste Bühne in der benötigten Größe mit einem Seitenbühnenraum oder eine zeitgemäße mobile Bühne einzuplanen. Letztere würde zwar weniger Erweiterungsfläche benötigen, aber dafür Stauraum und Personal für den Auf- und Abbau.

Stadtrat **Gericke** bemerkt, dass es nötig sei, einen Schritt weiter in dieser Sache zu kommen. Schon lange werde darüber diskutiert, wie die Überarbeitung der Mehrzweckhalle und auch die städtebauliche Entwicklung des gesamten Bereichs geplant werden sollten. In der Vorl.Nr. 330/17 lege die Verwaltung dar, weshalb ein Neubau der Mehrzweckhalle die bessere Lösung sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vertraue auf die Expertise der Verwaltung. Sie erachte es zudem als wichtig, den gesamten Rahmenplan als ein Ganzes zu diskutieren und in absehbarer Zeit die Planungen in die Praxis umzusetzen, weil der aktuelle Zustand der Halle nicht mehr tragbar sei.

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass vor mehr als 10 Jahren mit der Diskussion über die Mehrzweckhalle und die August-Lämmle-Halle in Oßweil begonnen wurde. Das von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Verfahren, in der nächsten Sitzung des Stadtteilausschusses Oßweil sowie in der Stadtteilkonferenz auch über diese Thematik zu diskutieren, finde die Zustimmung der SPD-Fraktion. Es sollte nun zu einer Entscheidung kommen. Stadträtin Liepins erkundigt sich nach dem Realisierungszeitplan und zwar für beide Hallen in Oßweil sowie für die Oststadthalle.

Stadtrat **Rothacker** äußert sich erfreut, dass die Maßnahme nun in Angriff genommen werden soll und hofft auf eine zügige Fertigstellung. Die Frage, ob eine bewegliche oder eine unbewegliche Bühne entstehen soll, sei weiterhin präsent. Die Freie Wähler-Fraktion würde eine mobile Bühne bevorzugen.

Stadträtin **Burkhardt** hofft, dass die Oßweiler Bürgerinnen und Bürger eine für sie gute Lösung in den diversen Bürgerbeteiligungsrunden finden werden. Schließlich habe die Frage der Bühne eine heftige Diskussion hervorgebracht.

Stadtrat **Lettrari** ist überzeugt, dass in Oßweil ein Standort gefunden werden sollte, auf dem beide Hallen (Mehrzweckhalle und August-Lämmle-Halle) räumlich vereinigt werden könnten.

Stadtrat **T. Lutz** teilt mit, dass der Bürgerverein alle Oßweiler Vereine hierzu befragt habe. Diese hätten der vorliegenden Konzeption zugestimmt.

Auf das weitere Vorgehen eingehend sagt Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft), dass die Stadtverwaltung als nächsten Meilenstein den Beschluss des Rahmenplans mit der Standortentscheidung für die Mehrzweckhalle Oßweil Ende des 1. Quartals 2018 anstrebe. Mit Beschluss des Rahmenplans und dem darin enthaltenen Standort der Mehrzweckhalle, könne die Verwaltung in die nächste Phase der Weiterentwicklung des Areals eintreten und die angestrebte Mehrfachbeauftragung für die Mehrzweckhalle Oßweil durch die Gremien beauftragen lassen sowie die Planungen weiter voranbringen. Gemäß Projektfahrplan werden die Gesamtprojektkosten erst auf Grundlage belastbarer Planungen nach abgeschlossener Vorentwurfs- oder Entwurfsplanung angemeldet. Eine abschließende Entscheidung werde vom Gemeinderat nach Abschluss der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) auf der Basis belastbarer Kostenberechnungen mit dem Entwurfs- und Baubeschluss getroffen.

Stadträtin **Liepins** fragt, wie die Oßweiler Mehrzweckhalle und die Oststadthalle von der Verwaltung gewichtet werden und ob parallel an den beiden gearbeitet werden soll.

BM **Ilk** antwortet, dass die Verwaltung in der Lage sei, beide Hallen parallel zu bearbeiten. Sie werde sich jedoch nach den Beschlüssen des Gemeinderates richten.

Herr **Weißer** ergänzt, dass in der Oststadthalle noch ein Teil des Raumprogramms fehle. Die Parkierungssituation sei beispielsweise noch nicht geklärt. Beide Hallen gleichzeitig zu bearbeiten sei zwar möglich, es sollten jedoch im Vorfeld die Finanzierung und die verfügbare Kapazitäten geklärt sein. Hierzu bedürfe es eines Beschlusses des Gemeinderates.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) informiert über die im Jahr 2018 geplanten Belagssanierungsmaßnahmen. Nach Abstimmung mit den Stadtwerken Ludwigsburg Kornwestheim GmbH (SWLB) und der Städtentwässerung Ludwigsburg (SEL) seien folgende Straßenbereiche für eine Belagssanierung ausgewählt worden:

- Schwieberdinger Straße zwischen Gänsfußallee und Martin-Luther-Straße
- Erlachhofstraße
- Salonallee
- Marienburgstraße
- Wilhelm-Bader-Straße

Im Anschluss eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Nach Aussage von Stadtrat **Noz** würde die CDU-Fraktion einen Schichtbetrieb für größere Baustellen begrüßen, um dort die Verkehrsabwicklung nicht unnötig lange zu behindern. Hierfür sollte die Verwaltung Vorschläge einbringen. Andernfalls werde die CDU-Fraktion einen entsprechenden Antrag stellen.

Stadträtin **Dr. Knoß** weist auf den schlechten Zustand der stark frequentierten Johannesstraße hin. Insbesondere der Straßenabschnitt vor der Erlöser Kirche sei dringend sanierungsbedürftig. Stadträtin Dr. Knoß informiert zudem, dass der viel befahrene Radweg in der Schillerstraße beschädigt sei. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Der Belag der Wilhelm-Bader-Straße sollte ebenfalls saniert werden. Da aber diese Straße im Vergleich zu anderen nicht so stark frequentiert werde, könnte ihre Belagsanierung bei Bedarf zeitlich verschoben werden.

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass der Verwaltung schon länger der Antrag zum Aufbringen eines lärmoptimierten Asphalts (LOA) auf die gesamte Länge der Frankfurter Straße innerorts vorliege. Die Verwaltung habe mitgeteilt, dass zunächst die Schwieberdinger Straße an der Reihe sei saniert zu werden. Das akzeptiere die Fraktion zwar, sie sehe jedoch nach wie vor die dringliche Notwendigkeit eines lärmoptimierten Asphalts für die Frankfurter Straße. Stadträtin Liepins bemerkt, dass bei Straßenbauarbeiten nicht das Aufbringen des Straßenbelags sich zeitintensiv gestalte, sondern die Leitungsarbeiten der Stadtwerke. Deshalb sollten diese bei Bauarbeiten an den Hauptverkehrsstraßen beschleunigt werden, damit sich die Bauzeit insgesamt verkürze.

Stadtrat **Rothacker** bringt die Zustimmung seiner Fraktion zu dem angekündigten Antrag der CDU zum Ausdruck. Auch die Freie Wähler-Fraktion würde einen Zweischichtenbetrieb bei größeren Bauarbeiten an Hauptverkehrsstraßen begrüßen.

Stadträtin **Burkhardt** spricht die Verlegung von Glasfasern in Eglosheim an und möchte wissen, wer die Kosten für die Herstellung des aufgerissenen Belags auf den Fußwegen und auf den Straßen übernehmen werde.

Stadtrat **Lettrari** befürwortet ebenfalls einen Zweischichtenbetrieb. Zudem weist er auf den Zustand der Oststraße hin. Diese sei vor einiger Zeit für die Durchführung von Leitungsarbeiten aufgerissen worden und anschließend sei der Asphalt nicht ordentlich aufgebracht worden.

Stadtrat **Link** sagt, dass die Belagssanierung der Frankfurter Straße dringend notwendig sei und zeitlich vor dem nächsten Bauabschnitt der Schwieberdinger Straße erfolgen müsste.

Bezüglich des Vorschlags, größere Straßenbauarbeiten in einem Zweischichtenbetrieb zu erledigen signalisiert BM **Ilk** Diskussionsbereitschaft. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Ausführung von Bauarbeiten in der Nacht nicht unproblematisch sei. Denn die Gewerbeaufsicht genehmige diese in der Regel nur bei Gefahr in Verzug. Auch die Lärmbelästigung für die Anwohner zu den nächtlichen Ruhezeiten spreche dagegen. Zudem können Bauarbeiten unter Kunstlicht nicht qualitativ hochwertig ausgeführt werden und würden sich negativ auf das Endergebnis auswirken. Darüber hinaus müssten die ausführenden Baufirmen bei einem Schichtbetrieb zwei oder mehrere Baukolonnen einsetzen, was die Arbeiten verteuern würde.

Frau **Schmidtgen** ergänzt, dass sich die Verwaltung bei Straßenbaumaßnahmen intensiv mit den jeweiligen Leitungsträgern abstimme, um die Arbeiten besser zu planen und zu koordinieren. Jedes Jahr werde im Haushaltsplan ein bestimmtes Budget für Belagssanierungen eingestellt, welches sinnvoll auf die sanierungsbedürftigen Straßen in der Stadt verteilt werden müsse. Frau Schmidtgen verspricht, dass ihr Fachbereich die Durchführung von Unterhaltungsmaßnahmen an der Johannesstraße prüfen werde. Eine tiefgehende Vollsanieung dieser Straße könne jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht durchgeführt werden. Bezug auf die Frage von Stadträtin Burkhardt nehmend sagt Frau Schmidtgen, dass eine Vereinbarung der Stadt mit den Stadtwerken existiere. Laut dieser müssen die Stadtwerke nach dem Abschluss von Leitungsarbeiten die Straße ordnungsgemäß wiederherstellen. Die Stadt kontrolliere jedes Mal, ob dies auch erfolgt sei.

Stadtrat **Link** regt an, das Aufbringen eines lärmoptimierten Asphaltbelags auf die Frankfurter Straße in einer Sondersitzung im Rahmen der Haushaltsberatungen zu diskutieren. Diese Maßnahme sollte seiner Ansicht nach nicht erneut verschoben werden.

Stadtrat **Remmele** empfiehlt, die Schaltung der Ampeln, die sich in einem Baustellenbereich befinden, auf die Baustelle anzupassen.

In Anbetracht mehrerer sanierungsbedürftiger Straßen im gesamten Stadtgebiet findet es Stadtrat **Lettrari** angemessen, das im Haushaltsplan für Belagssanierungen zur Verfügung stehende Budget zu erhöhen.

Stadtrat **Noz** vertritt die Meinung, dass die vom Projekt ZIEL betroffenen Straßen erst dann saniert werden sollten, wenn ein Beschluss zum diesem Projekt vorliege. Bezug auf den neuen Verkehrsrechner der Stadt nehmend äußert er den Wunsch nach einem öffentlichen Bericht zu dessen Nutzen für die Stadt.

Frau **Schmidtgen** verspricht, im nächsten Bericht zur Investitions- und Kapazitäts-Steuerung (INKAS) auf den Verkehrsrechner einzugehen.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die in der Mitteilungsvorlage 414/17 enthaltenen Berichte des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft sowie des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen.

Frau **Barnert** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht gesondert auf die August-Lämmle-Schule ein und informiert, dass die für die Rohbauarbeiten beauftragte Firma ursprünglich einen Fertigstellungstermin bis Ende des Jahres 2017 genannt hatte. Aktuell seien lediglich die Technikzentrale im Untergeschoss und die Decke oberhalb der Technikzentrale fertiggestellt. Die Bodenplatte im Erdgeschoss fehle. Die Firma habe eingeräumt, dass sie aufgrund von Kapazitätsproblemen derzeit 7 Wochen Verzögerung habe. Diese könne nicht bis Ende des Jahres aufgeholt werden. Frau Barnert erklärt, dass kurz vor Eintritt in die kalte Jahreszeit das Projekt deshalb mit einem nicht komplettierten Rohbau auf „Phase gelb“ gestellt werden müsse. Die Verwaltung habe bereits die beauftragte Firma um einen Plan zum weiteren Vorgehen gebeten. Es bleibe zu hoffen, dass die Winterzeit mild ausfällt.

Anschließend eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** bemerkt, dass viele Hoch- und Tiefbauprojekte in Kosten und Zeitplanung im grünen Bereich lägen. Das sei im Allgemeinen erfreulich. Dennoch bittet er die Verwaltung darum, bestimmte Sachverhalte bei einigen Projekten näher zu erläutern.

Sanierung des Goethe Gymnasiums

Im letzten Bericht zur Investitions- und Kapazitätssteuerung (INKAS) sei über Verzögerungen berichtet worden, welche in dem vorliegenden Bericht nicht mehr auftauchen.

Gartenstraße 14, Neubau Mensa und Bewegungsraum

In den nächsten Tagen müsste eine Rückmeldung zum erstellten Gutachten eingehen.

Sanierung Fachklassenräume Mörike Gymnasium

Stadtrat Braumann sagt, er habe die Fachklassenräume besichtigt und sei mit dem Ergebnis zufrieden. Insbesondere die Fachklassenräume M 303, 304, 305 und 306 seien sehr schön geworden. Auf der anderen Seite gebe es aber immer noch Räume, die dringend sanierungsbedürftig seien. Als Beispiel nennt er den Raum M 211, der aktuell als Klassenzimmer genutzt werde. Hier gebe es Probleme mit der Akustik. Auch der Raum M 307 sei nach Auffassung von Stadtrat Braumann nicht für den modernen Schulunterricht geeignet. Zudem erkundigt er sich über den Stand der Arbeiten bei den Räumen M 308 und 311.

Kreisverkehr Aldinger-Danziger Straße

Beim letzten INKAS-Bericht sei kommuniziert worden, dass der Baubeginn im März 2018 erfolgen solle. Im vorliegenden INKAS werde jedoch berichtet, dass sich das Projekt immer noch in der Planungsphase befinde.

Brücke Radweg Neckarterrasse

Die Presse habe berichtet, dass der Anschluss an das Radwegenetz mangelhaft sei.

Verkehrsrchner

Stadtrat Braumann möchte erfahren, ob mit dem neuen Verkehrsrchner eine Verbesserung des Verkehrsflusses eingetreten sei.

Sanierung und Neugestaltung der Lindenstraße

Stadtrat Braumann habe gedacht, dass die Verzögerung bei diesem Projekt der schlechten Witterung Anfang des Jahres 2017 geschuldet gewesen war. Im vorliegenden Bericht werden jedoch Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung im Fernwärmeleitungsbau seitens der Stadtwerke als Grund für die Verzögerung genannt.

Radweg Marbacher Straße

Die Durchführung dieser Maßnahme sei in der Sitzung des Gemeinderats am 12.07.2017 beschlossen worden. In der Vorl.Nr. 209/17 wurde der Juli 2017 als Zeitpunkt für den Baubeginn genannt. Man hatte mit einer Bauzeit von 8 Monaten gerechnet. Damals sei den Mitgliedern des Gemeinderats kommuniziert worden, dass die Stadt durch das Unternehmen, welches mit den Arbeiten beauftragt worden sei, verklagt werden könnte, wenn dieses nicht mit den Arbeiten beginnen könnte. Stadtrat Braumann habe bislang nicht den Eindruck, dass an diesem Projekt intensiv gearbeitet werde.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt, ob der 3. Bauabschnitt bei der Außenanlage des Goethe Gymnasiums bereits terminiert sei.

Stadträtin **Liepins** spricht den beschlossenen Radweg auf der Neckarbrücke an. Bei der Beschlussfassung habe es geheißen, dass das Geländer der Brücke nach außen versetzt werden sollte, damit etwas mehr Platz für den Fuß- und Radweg geschaffen werden könne. Stadträtin Liepins möchte wissen, ob dieses Vorhaben auch in die Praxis umgesetzt werde.

Stadtrat **Rothacker** teilt mit, dass laut Pressebericht im Fall der Mensa Gartenstraße eine Einigung der Stadtverwaltung mit den Nachbarn in weiter Ferne gerückt sei. Bezug auf die Errichtung einer Mensa im Stadtbad, Alleenstraße 20, nehmend bemängelt Stadtrat Rothacker die Erhöhung der Kosten. Hierfür seien ursprünglich 1 Million Euro angesetzt worden. Mittlerweile bewegen sich die Kosten bei 2,139 Millionen Euro. Auch beim Neubau des Kinder- und Familienzentrums in Neckarweihingen betrachtet Stadtrat Rothacker die Kostenerhöhung mit Sorge. Bei diesem Projekt seien anfangs 6 Millionen Euro veranschlagt worden. Aktuell sei man bei 8,35 Millionen Euro angelangt. Zudem erkundigt sich Stadtrat Rothacker über den Fortschritt beim Umbau der Kantine im Kulturzentrum. Es wundere ihn, dass im INKAS-Bericht nichts darüber erwähnt werde.

BM **Ilk** bestätigt, dass das Geländer der Neckarbrücke versetzt werden soll, um Platz für den Fuß- und Radweg zu gewinnen. Die Bauleiterin habe dies beim letzten Stadtteilrundgang versichert. Auf die Auseinandersetzung der Stadt mit den Nachbarn der Mensa in der Gartenstraße 14 eingehend informiert BM Ilk, dass am 01.03.2017 ein Termin mit den Nachbarn, deren Rechtsanwalt, einem Gutachter sowie Vertretern der Stadtverwaltung stattgefunden habe. Einvernehmlich sei festgelegt worden, dass ein selbstständiges Beweisverfahren durchgeführt werden soll. Der Antrag auf Durchführung eines selbstständigen Beweisverfahrens sei am 28.08.2017 beim Landgericht Stuttgart eingegangen. Das Gericht werde nun einen Gutachter bestimmen und das Verfahren durchführen. Abschließend soll festgesetzt werden, wie die Schuld zu verteilen sei. Der vom Gericht bestimmte Gutachter werde Einsicht in die Akten des Bauprojekts erhalten. Aktuell warte man noch auf die Benennung des Gutachters.

Frau **Barnert** bezieht sich auf die Frage zur Kantine im Kulturzentrum und erklärt, dass im INKAS-Bericht nur Maßnahmen aufgeführt werden, für die bereits ein Entwurfs- und Baubeschluss vorliege. Dies sei bei der Kantine noch nicht der Fall. Für die Mensa im Stadtbad liege bereits ein Entwurfs- und Baubeschluss vor. Die Verwaltung habe in der Vorlage darauf hingewiesen, dass sich der Betrag in Höhe von 2,139 Millionen Euro aus einem investiven Teil

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 26.10.2017

in Höhe von 1,889 Millionen Euro zuzüglich konsumtive Kosten in Höhe von 250.000 Euro zusammensetze. Bei Maßnahmen, die im INKAS geführt werden, werden die beiden Summen aus dem investiven und konsumtiven Teil zusammengezogen. Auf die Frage von Stadtrat **Rothacker** zum Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen eingehend erklärt Frau Barnert, dass auch hier die Baukosten nicht gestiegen seien. In den Projektkosten in Höhe von 8,35 Millionen Euro seien nicht nur die Hochbaukosten enthalten, sondern auch die Außenanlagen- und die Ausstattungskosten. Zum Goethe Gymnasium sagt sie, dass aktuell die Ausschreibung für den 2. Bauabschnitt laufe. Demnächst werde die Verwaltung den Vergabebeschluss in den Ausschuss einbringen. Nach den Herbstferien können auch die Räume im Dachgeschoss und die zurückgestellten Räume der Naturwissenschaften in Betrieb genommen werden. Bezüglich der Zusammenführung der Physikräume an Stelle von vier Klassenräumen im 2. Obergeschoss des Mörike-Altbaus sagt Frau Barnert, dass die Verwaltung hierfür laut Beschluss des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt ein Budget von 400.000 Euro zur Verfügung gehabt habe. Dieses sei auch umgesetzt worden. Die Schule habe aber weitere für sie wichtige Themen gemeldet, die im Rahmen der Umstrukturierung in Angriff genommen werden sollten, um diese komplett abzuschließen. Der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft habe den Umfang der Arbeiten für die gemeldeten Wünsche mit dem Fachbereich Bildung und Familie abgestimmt und die Kosten ermittelt. Diese belaufen sich auf 415.000 Euro. Hierzu werde noch verwaltungsintern eine Vorlage abgestimmt.

Stadtrat **Braumann** betont, dass es wichtig sei, Projekte nach Möglichkeit an einem Zug abzuwickeln.

BM **Ilk** stimmt dem zu. Er erklärt aber, dass Geld und Personal bei der Stadtverwaltung nicht ausreichend seien, um alle Projekte gleichzeitig zu realisieren. Die Mitglieder des Gemeinderats können im Rahmen der Haushaltsberatungen Schwerpunkte setzen.

Frau **Schmidtgen** beantwortet die Fragen zu den Tiefbaumaßnahmen. Bezug auf den Kreisverkehr Aldinger-Danziger Straße nehmend teilt sie mit, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 09.11.2017 eine Vorlage hierzu zur Abstimmung gebracht werde. Der Bericht zum Verkehrsrechner soll im nächsten INKAS erfolgen. Frau Schmidtgen versichert, dass der Anschluss der Brücke über die L1100 an das Radwegenetz von der Verwaltung geprüft wurde. Es seien keine Verbesserungspotenziale festgestellt worden. Man werde aber erneut kontrollieren, ob eventuell Schilder abgebaut oder umgefahren wurden. Auf die angesprochene Verzögerung bei der Sanierung und Neugestaltung der Lindenstraße eingehend erklärt Frau Schmidtgen, dass beim Fernwärmeleitungsbau vorgefertigte Formstücke verwendet werden. Es handle sich hierbei um Sonderanfertigungen mit einer Fertigungszeit von 6 bis 8 Wochen. Diese Formstücke können nicht vor Ort, sondern nur im Werk gefertigt werden. Im Fall, dass etwas nicht passend sei, müssen leider lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. Zum Radweg Marbacher Straße sagt Frau Schmidtgen, dass derzeit dort Sanierungsarbeiten der Stadtwerke Ludwigsburg Kornwestheim GmbH (SWLB) und der Stadtentwässerung Ludwigsburg (SEL) stattfänden. Zudem seien im Zuge der Breitbandversorgung weitere Leitungsarbeiten hinzugekommen, die insgesamt für Verzögerungen gesorgt haben. Die Stadt arbeite hier mit Hochdruck und liege noch im kommunizierten Zeitplan. Auf die Frage von Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** eingehend teilt Frau Schmidtgen mit, dass aktuell am 2. Bauabschnitt der Außenanlage des Goethe Gymnasiums gearbeitet werde. Beim 3. Bauabschnitt sei auch der Spielplatz Karlstraße in die Planung innbegriffen.

Stadtrat **Rothacker** fragt, ob auch das letzte kleine Stück der Körnerstraße mitsaniert werden könnte.

Frau **Schmidtgen** entgegnet, dass die Stadtwerke dort einen Knotenpunkt haben. Wegen dieser Besonderheit bei der Leitung könne die Stadt den erwähnten Abschnitt belagstechnisch nicht mitherstellen.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht zur Investitions- und Kapazitätssteuerung zur Kenntnis.